

mehr als 100 Yuan an. Der Hauptanteil wurde für Getränke, Snacks, Schreibwaren, Magazine und Zeitungen verwandt. Die Jugendlichen waren der Studie zufolge sehr modeorientiert und trugen Markenschuhe und Kleidungsstücke von bekannten Modeunternehmen. In einer anderen Untersuchung wurde die Kaufkraft der 4,5 Mio. Kinder im Alter zwischen 6 und 15 Jahren in den neun größten Städten auf rd. 6,5 Mrd. Yuan geschätzt. Der Konsum der Kinder setzte sich aus Taschengeld in Höhe von durchschnittlich 60 Yuan pro Monat sowie Geldgeschenken zu den Festtagen zusammen. (NfA, 10.10.00)

Eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards ergab sich in Bezug auf den Wohnraum. Die durchschnittliche Wohnfläche für die Städter erhöhte sich zwischen 1995 und 1999 von 8,1 m<sup>2</sup> auf 9,8 m<sup>2</sup>. Die ländliche Bevölkerung wies 1995 bereits pro Person mit 21 m<sup>2</sup> eine wesentlich höhere Wohnfläche auf, die sich bis 1999 auf 24,4 m<sup>2</sup> ausweitete. (XNA, 5.10.00)

Da die Tendenz zu privaten Wohnungskäufen zunimmt, kann dieses Jahr sicherlich mit einer weiteren Zunahme der Wohnraumfläche pro Person gerechnet werden. Nach Angaben der *Economic Daily* entfiel auf private Käufer der Hauptanteil aller Wohnungsverkäufe im Zeitraum Januar bis August d.J. Der durchschnittliche Preis pro Quadratmeter Wohnfläche betrug 1.923 Yuan, ein Anstieg um 5,3% gegenüber der Vorjahresperiode. (XNA, 10.10.00) -schü-

#### 34 Beginn der Liquidationszahlungen an GITIC-Kreditgeber

Ende Oktober wurde aus der Konkursmasse der Guangdong International Trust and Investment Corporation (GITIC) mit Rückzahlungen an die Kreditgeber begonnen. GITIC war im Oktober 1998 von der Zentralbank geschlossen und im Januar 1999 in Konkurs gegangen. Nach Angaben der Liquidatoren, KMPG Peat Marwick Huazen, wurden 215 Unternehmen als Kreditgeber anerkannt.

Das Gesamtvolumen der Verbindlichkeiten von GITIC wurde von den Liquidatoren mit rd. 21 Mrd. Yuan (ca. 5,5 Mrd. DM) festgelegt. Von

den Gläubigern waren zunächst rd. 39 Mrd. Yuan geltend gemacht worden. Erste Rückzahlungen umfassen ein Volumen von rd. 711 Mio. Yuan, das sind 10% des Restvermögens der GITIC bzw. 3,4% der anerkannten Verbindlichkeiten. Schätzungen zufolge existiert eine Verfügungsmasse bei GITIC von rd. 7,2 Mrd. US\$, das bedeutet, dass nur ein Drittel der Verbindlichkeiten bedient werden können. (HB, 1.11.00)

Einem Bericht der *South China Morning Post* vom 14.10.00 zufolge, haben die Liquidatoren die Ansprüche einer Gruppe von Auslandsbanken zurückgewiesen, eine Kreditgarantie anzuerkennen, die von der Hongkonger Tochter der GITIC bereitgestellt worden war. Der Anspruch umfasste einen syndizierten Kredit von rd. 100 Mio. US\$, der an Guangxin Enterprises in Hongkong gegangen und von der Hongkonger GITIC-Tochter abgesichert worden war. Allerdings hatte das Unternehmen diese Garantie nicht der State Administration of Foreign Exchange (SAFE) gemeldet.

Die Liquidatoren hatten die Hälfte des Anspruchs zunächst akzeptiert, da sie auch den Kreditgebern einen Teil der Schuld zusprachen, dass GITIC eine Registrierung der Garantie unterlassen hatte. Die Kreditgeber widersprachen, da für Kreditgarantien im Ausland keine Anmeldung bei SAFE notwendig sei. Mitte Oktober d.J. jedoch lehnten die Liquidatoren die Einwände der Banken ab und verwiesen auf die Anwendung des chinesischen Rechts.

Im Umstrukturierungsprozess der Verbindlichkeiten in Höhe von 4,5 Mrd. US\$ befindet sich noch die Guangdong Enterprises (Holdings), das Investmentunternehmen der Guangdonger Provinzregierung. Zunächst hatte die Provinzregierung eine Unterstützung für das Investmentunternehmen abgelehnt, war aber dann doch eingesprungen, nachdem die ausländischen Kreditgeber auf eine implizite Garantie der Regierung verwiesen hatten. (FT, 2.11.00)

Der Investmentarm der Hainaner Lokalregierung (Hainan Investment and Trust Corp. = HITIC) konnte im Oktober Zinszahlungen auf eine Samureianleihe nicht bedienen. Nach Angaben der Japan Credit Rating Agency war HITIC nicht in der Lage, Rückzahlun-

gen aus der Samureianleihe mit einem Volumen von 129 Mio. US\$ mit Terminen 24. September und 10. Oktober zu erfüllen. Die Anleihe war hauptsächlich von japanischen Investoren gezeichnet worden. (FT, 14./15.10.00)

Nach Angaben der *South China Morning Post* vom 17.10.00 soll HITIC seinen Gläubigern vorgeschlagen haben, einen Abschlag von 50-60% auf die Anleihe zu akzeptieren. Ausländische Analysten gehen jedoch davon aus, dass dieser Vorschlag nicht angenommen wird. Eine weitere „itic“ in großen Schwierigkeiten ist die Dalian Trust & Investment Corp. (DITIC). Im September d.J. erklärte der Bürgermeister von Dalian, Li Yongjin, dass für DITIC ein Konkursverfahren eingeleitet werde, nachdem ein Teil der Schulden gegenüber den ausländischen Kreditgebern getilgt sei. Im August hatte DITIC mit den ausländischen Kreditgebern ein Abkommen über die Rückzahlung von 60% der Kreditsumme unterzeichnet. -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 35 Vierte Regierungserklärung Tung Chee-hwas: Ansätze zu einer verstärkten politischen Verantwortlichkeit der Exekutive

Am 11. Oktober gab Tung Chee-hwa seine vierte Regierungserklärung (*policy address* bzw. *shizheng baogao*) seit seinem Amtsantritt als Regierungschef der Sonderverwaltungszone Hongkong im Jahr 1997 ab (vollständiger englischer Text unter [www.info.gov.hk](http://www.info.gov.hk)).

Tung Chee-hwa setzt mit den jährlichen Regierungserklärungen vor der Legislativversammlung eine von seinem britischen Amtsvorgänger Gouverneur Patten eingeführte Praxis fort (vgl. C.a., 1999/10, Ü 28). Die diesjährige Erklärung stellte für Tung Chee-hwa die letzte Möglichkeit dar, Ziele für die Regierungsarbeit abzustecken, die noch während seiner ersten Amtszeit bis zum Jahr 2002 eingelöst werden könnten, sodass sein staatsmännisches Ansehen und damit seine Chan-

cen auf eine weitere Amtszeit steigen könnten.

Offenbar unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die in der Vergangenheit den „trockenen“ und langweiligen Stil der Regierungserklärungen zunehmend kritisiert hat, entschloss sich Tung Chee-hwa in diesem Jahr zu einigen Neuerungen. So wurde in den Medien sehr positiv aufgenommen, dass er die Redezeit beträchtlich reduzierte - statt zwei Stunden und zwanzig Minuten wie im letzten Jahr nahm die Verlesung der Erklärung diesmal nur eine Stunde und vierzig Minuten in Anspruch; auch las er diesmal nicht von einem Manuskript, sondern von einer Bildschirmprojektion ab, was ihm erlaubte, seine Rhetorik mit Gesten zu unterstützen. Vor allem aber wurde gelobt, dass er seine Rede auf drei Themenschwerpunkte fokussierte und die Ankündigung regierungspolitischer Vorhaben in anderen Bereichen den zuständigen *Secretaries* der verschiedenen Ressorts überließ (SCMP, 12., 13.10.00; RTHK, Radio 3, 11., 12.10.00, nach SWB, 12., 14.10.00).

Die drei Themenschwerpunkte der Regierungserklärung mit dem Titel „Serving the Community - Sharing Common Goals“ waren in diesem Jahr Bildung, Bekämpfung von Armut und Unterbeschäftigung sowie die Reform des Regierungssystems. Die ersten beiden Themen werden in den folgenden Übersichten gesondert dargestellt (vgl. unten); daher konzentriert sich diese Übersicht auf den Aspekt der Reform des Regierungssystems.

Tung Chee-hwa überraschte sein Publikum damit, dass er seit längerem formulierte Klagen der Bevölkerung über die mangelnde demokratische Legitimation und die Ineffizienz der Regierung aufnahm und den Bedarf nach Reformen des politischen Systems grundsätzlich anerkannte - freilich erst, nachdem er die grundsätzliche Funktionstüchtigkeit des Systems unter dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ herausgestellt und betont hatte, dass die konstitutionelle Entwicklung der SVR langsam und mit Bedacht vorangetrieben werden müsse.

Innerhalb des Themenschwerpunkts benannte er drei miteinander verwobene Initiativen zur Reform der poli-

tischen Strukturen: Zum ersten stellte er Veränderungen in der Zusammensetzung und dem Aufgabenbereich des *Executive Council* in Aussicht, der bislang als reines Beratergremium des Regierungschefs fungiert. Zum zweiten, und dieser Aspekt erregte das größte Aufsehen, kündigte er an, das Verwaltungssystem in einer Weise zu reformieren, die geeignet sei, die politische Verantwortlichkeit (engl: „accountability“) der Regierung zu erhöhen. Insbesondere solle hier baldmöglichst nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um die leitenden Beamten innerhalb der Regierung auf der Ebene der *Secretaries* und *Directors of Bureaux* (vgl. C.a., 2000/7, S.797-800), die bisher aus dem *Civil Service* rekrutiert werden und auf Lebenszeit verbeamtet sind, durch ein „angemessenes Einstellungssystem“ („a compatible system of appointment“) einer direkteren politischen Verantwortlichkeit zu unterstellen. Er betonte allerdings zugleich, dass die Integrität des *Civil Service* insgesamt von derartigen Änderungen nicht beeinträchtigt werden dürfe. Zum dritten schlug er vor, die Öffentlichkeit stärker an der politischen Entscheidungsfindung zu beteiligen, indem die konsultative Rolle der zahlreichen Beiräte und Komitees verschiedener gesellschaftlicher Interessensgruppen ausgebaut und verstärkt wird. Im Vergleich zu diesen vorgeschlagenen Initiativen nahmen sich seine Ausführungen zur Rolle des Gerichtswesens und zum Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative, die im zurückliegenden Jahr gleichermaßen Gegenstand heftiger Kritik waren, weitgehend defensiv aus (vgl. englischen Text in [www.info.gov.hk](http://www.info.gov.hk)).

Die von Tung Chee-hwa entworfenen Initiativen zur Reform des Regierungssystems sollen nach eigenen Angaben innerhalb des kommenden Jahres durch Studien von Experten unterfüttert und der öffentlichen Diskussion vorgelegt werden. Kommentatoren gehen davon aus, dass Tung daran interessiert sein dürfte, die angekündigten Maßnahmen rechtzeitig vor Ablauf seiner jetzigen Amtszeit im Jahr 2002 unter Dach und Fach zu bringen. Damit, so glauben viele, versuche er, viel beklagte Missstände des politischen Systems anzugehen, um so seine Chancen für eine weitere politische Zukunft zu verbessern. Von vielen

Seiten und immer häufiger war in den letzten Monaten beträchtliche Unzufriedenheit mit dem bestehenden politischen System laut geworden, in dem sich Exekutive und Legislative gegenseitig lähmten: Während die Exekutive an einer mangelnden politischen Legitimität kranke, leide die Legislative an mangelnder politischer Einflusskraft. Als Lösung dieses Problems ist seit längerem die Einführung eines ministeriellen Systems im Gespräch. Konkret war auch in mehreren Fällen gefordert worden, dass die *Secretaries* als die höchsten Ressortleiter des *Civil Service* eine stärkere politische Verantwortlichkeit in ihren jeweiligen Bereichen übernehmen sollten (vgl. C.a., 2000/7, S.785-800). Im Juni dieses Jahres hatte sich der Präzedenzfall des Rücktritts eines hochrangigen Mitglieds des *Civil Service*, in diesem Fall der Leiterin der Wohnungsbaubehörde Rosanna Wong, ereignet (C.a., 2000/6, Ü 40). Beobachter vermuten ferner, dass Tung Chee-hwa sich durch die Reforminitiativen auch selbst gewissermaßen den Rücken frei machen will, indem er die zuletzt stark angewachsene öffentliche Kritik von seiner Person ablenkt und auf mehrere verantwortliche Köpfe verteilt (SCMP, 12., 13., 16.10.00).

Indem der Regierungschef keine genaueren Vorstellungen über die institutionelle Ausgestaltung seiner Reforminitiativen entwarf, gab er der Hongkonger Öffentlichkeit im Anschluss an seine Regierungserklärung Anlass, verschiedene Optionen zur Stärkung der politischen Verantwortlichkeit der Exekutive zu diskutieren. Das Spektrum der Vorschläge war sehr breit: Diskutiert wurde etwa die Einführung eines ministeriellen Systems nach britischem Vorbild, in dem Vertreter der siegreichen politischen Parteien im Parlament als Minister in das Kabinett des Regierungschefs berufen werden. Als Alternative wurde das US-amerikanische Präsidenzialsystem gehandelt, in dem die Staatssekretäre samt der Verwaltung vom Präsidenten rekrutiert werden. Ausgehend von der spezifischen Hongkonger Situation wurde auch überlegt, den *Executive Council* zu einem echten Kabinett mit klar verteilten Ressortzuständigkeiten aufzuwerten, in dem entweder gemäß der bisherigen Zusammen-

setzung die ständigen Mitglieder dieses Gremiums klare politische Verantwortlichkeiten übernehmen oder die bisherigen *Secretaries* als politische Beamte in den *Executive Council* einziehen (SCMP, 8., 9., 12., 13., 16., 17., 18., 19., 23., 25., 26.10.00; RTHK, Radio 3, 22.10.00, nach SWB, 24.10.00).

Das breite Spektrum dieser diskutierten Optionen wurde allerdings durch Aussagen des Regierungschefs selbst erheblich eingeschränkt, die dieser in den Tagen bzw. Wochen nach seiner Erklärung in der Öffentlichkeit machte. So betonte er bereits in der Kurzversion der Regierungserklärung, die er jährlich mit einige Tagen Abstand der *Hongkong Chamber of Commerce* noch einmal gesondert vorstellt, dass er sich auch in dem neu zu schaffenden System in erster Linie auf hochrangige Beamte des *Civil Service* zur Berufung in die höchsten Regierungsämter stützen wolle (SCMP, 17.10.00). Eine substanzielle Beteiligung von Vertretern der Legislative nach britischem Vorbild schloss er damit implizit aus.

Aber auch das US-amerikanische System, das von vielen Kommentatoren als das der Hongkonger Situation angemessenere betrachtet wurde, schloss Tung Chee-hwa - allerdings erst zwei Wochen später - explizit als mögliches Vorbild aus. So ließ er durch einen Regierungssprecher bekannt machen, dass ein solches System nicht in Frage komme, weil in Hongkong nicht zu rechtfertigen sei, dass bei Ausscheiden eines Regierungschefs der gesamte politische Verwaltungsstab ausgetauscht würde, wie dies in den USA der Fall sei. Seiner Vorstellung nach sei es einzig sinnvoll, die Forderung nach politischer Verantwortlichkeit auf die 19 bestehenden Ämter der *Secretaries* bzw. Direktoren der Verwaltungsbehörden zu beschränken (SCMP, 13., 25.10.00).

Mit diesem Ausschluss der Einführung eines ministeriellen Systems nach amerikanischem oder britischem Vorbild könnte sich somit eine Lösung anbahnen, in der die genannten 19 Ämter auf *Secretary*-Rang in politische Ämter verwandelt werden; dies würde implizieren, dass dann politische Beamte zeitlich befristete Einstellungsverträge erhielten (womit sich einzelne Vertreter auch bereits grundsätzlich einverstanden erklärt haben). Ob, wie auch aus den Reihen des *Executive*

*Council* selbst vorgeschlagen, die Beamten dann in dieses Gremium einzuziehen oder unabhängig von diesem ein eigenes Kabinett bilden sollen, ist allerdings weiterhin offen.

Wie die Diskussion deutlich macht, handelt es sich bei den von Tung Chee-hwa vorgeschlagenen Initiativen um kleine Schritte, die aber große Fragen nach einer weiteren Reform und Demokratisierung des Systems aufwerfen. So entwirft etwa der prominente Hongkonger Politikwissenschaftler Lau Siu-kai ein Szenario, in dem eine Umwandlung der bisherigen *Secretaries* zu politischen Beamten und eine eventuelle Aufwertung des *Executive Council* dazu führen könnten, dass die Regierungsarbeit zukünftig stärker von politischen Kräften dominiert wird. Dabei dürften nach seiner Ansicht weniger direkte parlamentarische Einflüsse von Vertretern der politischen Parteien ausgehen, als vielmehr konsultative Einflussmechanismen von Seiten der zahlreichen Berater und Komitees an Gewicht gewinnen. Eine Folge dieser Entwicklung könnte wiederum sein, dass ein breiteres Spektrum an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen im politischen Prozess an Einfluss gewinnt und dass entsprechende Interessenvertreter nach politischer Statur durch Einbindung in die Regierungsarbeit streben. Der Austausch zwischen Regierung, Geschäftswelt, Wissenschaft, öffentlichen und halböffentlichen Organen könnte so gefördert werden und auf dieser Grundlage nach und nach echte politische Führungsgestalten heranwachsen. Schließlich könnte die damit wachsende Attraktivität politisch verantwortlicher Ämter die Einführung demokratischer Wahlelemente bis hin zu einer direkten Volkswahl des Regierungschefs (im Basic Law frühestens ab 2007 vorgesehen) vorantreiben (SCMP, 19.10.00).

Angesichts der zahlreichen Elemente eines von der Exekutive dominierten politischen Systems, wie es im *Basic Law* angelegt ist, ist allerdings fraglich, ob sich ein solches Szenario allein aus konstitutioneller Sicht jemals verwirklichen ließe. Noch stärker ist zu bezweifeln, ob die chinesische Führung solche Reformschritte in Hongkong dulden würde, bevor sie selbst sich einer Demokratisierung des po-

litischen Systems der VR China entschließt. -hol-

### 36 Tungs vierte Regierungserklärung: Bildungswesen

In seiner diesjährigen Regierungserklärung (s. <http://www.info.gov.hk/pa00/eindex.htm>) widmete Tung Chee-hwa etwa ein Viertel des Umfangs dem Bildungswesen, womit abermals - wie schon im letzten Jahr - dessen Bedeutung für die angestrebte Wissensgesellschaft als Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung herausgehoben wurde. Wie erwartet, äußerte sich Tung zu den Vorschlägen der Bildungsreform, die die Expertenkommission Ende September eingereicht hatte (vgl. C.a., 2000/9, Ü 33), und zwar erklärte er, dass die Regierung die Reformvorschläge voll und ganz akzeptiere. Als übergeordnete Ziele der Bildungsreform nannte der Regierungschef die Einführung des Grundsatzes „Lernen fürs Leben und lebenslanges Lernen“, die Erleichterung des Prüfungsdrucks für Schüler und Studenten, flexiblere Möglichkeiten der Fortbildung nach Absolvierung der schulgeldfreien neun Pflichtschuljahre und flexiblere Gestaltung der tertiären Bildungsangebote.

Tung bezeichnete Investitionen in das Erziehungswesen als wichtigste langfristige Investition und sicherte eine Aufstockung des Bildungshaushalts zu. Im laufenden Finanzjahr werde dieser auf 54,4 Mrd. HK-Dollar ansteigen, das seien 4,25% des Bruttosozialprodukts und bedeute eine Zunahme um 43% gegenüber der Zeit vor dem Souveränitätswechsel. Der Regierungschef nannte u.a. die folgenden Leistungen, die in den vergangenen drei Jahren im Schulwesen erreicht worden seien:

Verbesserung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses um 10% von 1:21,8 auf der Grund- und 1:18,7 auf der Sekundarschule; Erhöhung des Anteils der ganztägigen Grundschulplätze von 20% auf 40% (es wird in Aussicht gestellt, dass bis zum Jahre 2007 alle Grundschulen Ganztagschulen sein werden); Erhöhung des Anteils qualifizierter Kindergärtnerinnen von 40% auf 60%; Steigerung des Anteils examinierter Grundschullehrer von unter 5% auf 20%.

Im Rahmen der Bildungsreform sind nach Tung folgende Maßnahmen geplant:

#### VORSCHULERZIEHUNG:

Angesichts der großen Bedeutung, die der frühkindlichen Erziehung zukommt, sollen mehr unentgeltliche Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen die Anforderungen an neue Kindergartenlehrer steigen. Vom Schuljahr 2001/02 an müssen Vorschullehrer beim Hong Kong Certificate of Education Examination (Abschlussprüfung der Sekundarstufe II) in fünf Fächern ein „passed“ vorweisen können. Außerdem soll die Lehrer-Kind-Relation innerhalb von drei Jahren von 1:30 auf 1:15 gesenkt werden.

#### SCHULBILDUNG:

Grundsätzlich soll das Lernen umfassender werden. Wert soll vor allem auf moralisch-zivile Erziehung gelegt werden. Zusätzliche Mittel sollen für die Kooperation zwischen Eltern und Schule sowie für Elternernährung bereit gestellt werden. Ferner sollen auf der Sekundarstufe II mehr unentgeltliche Schulplätze zur Verfügung stehen. Gegenwärtig gibt es in der 3. Klasse öffentlicher Sekundarschulen nur für 85% der Schüler einen subventionierten Schulplatz in der 4. Sekundarschulklasse, und nur weitere 5% der Schüler erhalten eine subventionierte berufliche Bildung. Ab dem Schuljahr 2002/03 sollen alle Schüler der 3. Klasse öffentlicher Sekundarschulen einen subventionierten Schulplatz in der 4. Klasse oder eine berufliche Bildung erhalten, wenn sie eine weiterführende Schulbildung wollen und die schulischen Voraussetzungen erfüllen. Bis zum Schuljahr 2003/04 sollen deshalb zusätzlich 6.000 subventionierte Schulplätze geschaffen werden. Auf der Sekundarschuloberstufe soll die Fächerstruktur erweitert werden, damit die Schüler sich entsprechend ihren Fähigkeiten und Interessen die Fächer auswählen können. Die Sekundarschulbildung soll auf sechs Jahre verkürzt werden.

#### HOCHSCHULBILDUNG:

In entwickelten Ländern und einer Reihe großer Städte in Asien gehen bis zu 60% der Absolventen der Sekundarstufe II auf eine Hochschule. In Hongkong beträgt dieser Anteil nur die Hälfte. Deshalb ist es dringend

erforderlich, dass Hongkong aufholt. Das Ziel soll sein, dass in Hongkong innerhalb von zehn Jahren 60% aller „Abiturienten“ eine Hochschule besuchen. Innerhalb dieses Zeitraums sollen 28.000 zusätzliche Studienplätze bereit gestellt werden, sodass die Zahl der Hochschulstudenten in Hongkong dann 55.000 umfasst. Bedürftigen Studenten sollen in verstärktem Umfang Darlehen und Stipendien gewährt werden. Der Hochschulzugang soll reformiert und vielseitiger gestaltet werden und nicht mehr nur vom Abschluss der sechs Sekundarschuljahre abhängen. Die Errichtung privater Hochschulen soll gefördert werden. Das normale Hochschulstudium soll auf vier Jahre ausgedehnt werden, Zwischenergebnisse beim Studium sollen transferierbar sein.

Besonderer Wert soll auf berufliche Weiterbildung und Lehrerbildung gelegt werden.

Um die Reformen umzusetzen, kündigte Tung Chee-hwa an, dass der laufende Jahresetat für Bildung um 2 Mrd. HK-Dollar erhöht wird.

Nachdem die Regierung dem Reformprogramm nun zugestimmt hat, kann sie sich an die Verwirklichung der Reformvorschläge machen. Bei den begrenzten finanziellen Ressourcen wird dies eine schwierige Aufgabe sein. Hinzu kommt, dass viele Hongkonger Bürger mit den Reformen unzufrieden sind. So wird insbesondere bemängelt, dass zu wenig für Qualitätsbildung auf der Grundschule getan wird. Pläne, das Lehrer-Schüler-Verhältnis in der Grundschule zu verbessern, wurden zu Gunsten der Einführung der ganztägigen Grundschule zurückgestellt. Kritisiert werden zudem die Pläne der Regierung, Sprachtests für Englisch- und Putonghua-Lehrer einzuführen. Vor allem die Mehrheit der Lehrer weigert sich, sich solchen Prüfungen zu unterziehen. (Vgl. SCMP, 12.10.00 u. 14.10.00) -st-

### 37 Reaktionen in Hongkong auf die Heiligsprechungen

Die Katholische Kirche in Hongkong hat die Heiligsprechung der 120 Chinesen und Missionare, die in China ihr Leben verloren, am 1. Oktober durch den Vatikan begrüßt und das Ereignis feierlich in Messen und Gottesdiensten

gewürdigt. Die Heiligsprechung sei eine große Ehre für das chinesische Volk und die chinesische Kirche, sagte Bischof Zen Ze-kiu. Zugleich setzten sich Kirchenrepräsentanten von der offiziellen Reaktion Beijings auf die Heiligsprechungen ab. Dies ist umso bemerkenswerter, als Beijing nach Aussagen von Hongkonger Kirchenvertretern offensichtlich Druck auf die Katholische Kirche in Hongkong ausgeübt hat, die Feiern zu diesem Anlass „low key“ zu halten. Am 18. September soll ein Vertreter der Diözese Hongkong zum Verbindungsbüro Beijings in Hongkong gebeten und ihm dies nahegelegt worden sein. Die Hongkonger Katholiken ließen sich jedoch nicht beirren und hielten die Feiern wie geplant ab. Auch verzichteten sie nicht darauf, einige Kirchen und Kapellen nach den neuen Heiligen umbenennen. Ebenso wenig ließen sie sich davon abbringen, Pilgergruppen zur Teilnahme an dem Ereignis nach Rom reisen zu lassen, während Pilgern vom Festland die Ausreise verweigert wurde. (SCMP, 1.10.00)

Bischof Zen äußerte Unverständnis über Beijings Haltung in dieser Frage. Er wisse, so sagte er, dass in Festlandchina viele Vertreter der offiziellen beijingtreuen Kirche die Heiligsprechung begrüßt hätten. Er hält es für ausgeschlossen, dass der Vatikan Männer und Frauen zur Heiligsprechung ausgewählt hätte, die Verbrechen begingen. Heiligsprechungen erfolgten nur nach eingehender Prüfung aller Umstände. Der Bischof forderte Beijing auf, Beweise für seine Anschuldigungen zu liefern. Er gab allerdings zu, dass das zeitliche Zusammenfallen der Heiligsprechung mit dem chinesischen Nationalfeiertag nicht glücklich gewesen sei. Zugleich drückte er seine Vermutung aus, dass die Patriotische Katholische Vereinigung Chinas nicht die Meinung aller ihrer Bischöfe wiedergegeben habe, sondern dass der Kirche die Verurteilung der Heiligsprechung praktisch aufgezwungen worden sei. (Ebd.)

Die Katholische Kirche Hongkongs ist fest entschlossen, sich dem Druck aus Beijing nicht zu beugen. Man sei den Katholiken auf dem Festland sowohl der offiziellen als auch der Untergemeinde verpflichtet und werde die Verbindungen weiter pflegen. (SCMP, 4.10.00) Die Beziehungen zu den Ka-

tholiken des Festlands freilich dürften nicht einfacher geworden sein. Zudem zeigt der Fall, dass Beijing sehr wohl Einfluss auf Hongkonger Angelegenheiten nimmt, eine Tatsache, die die Hongkonger Regierung eher herunterspielt, die die Kirche aber offen beanstandet (vgl. SCMP, 5.10.00). -st-

### 38 Wirtschaftliche Dimensionen der Regierungserklärung 2000

Die Regierungserklärung des Hongkonger Regierungschefs Tung Chee-hwa von Mitte Oktober 2000 wies eine Reihe von Aussagen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aus, die im Folgenden in verkürzter Form vorgestellt und kommentiert werden.

Zu den „Reformen und Initiativen“, die in der Regierungserklärung vorgestellt werden, zählt die Stärkung der wissensbasierten Wirtschaft (knowledge economy). Der erste Schritt sei ein besseres Verständnis für die Bedeutung von Innovation und Technologie, um hierdurch die Produktivität und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu garantieren. Um den Herausforderungen der wissensbasierten Wirtschaft gewachsen zu sein, habe die Hongkonger Regierung eine Reihe von Maßnahmen verabschiedet, durch die die materielle und immaterielle Infrastruktur verbessert wird. Dazu zählt die

- weitere Liberalisierung des Telekommunikations- und Rundfunkmarktes,
- ein rechtlicher Rahmen für die Förderung von elektronischen Transaktionen,
- der Aufbau eines Growth Enterprise Market (an der Börse),
- der Aufbau eines Wissenschaftsparks, dessen erste Phase Ende 2000 abgeschlossen sein wird,
- Vorbereitungsarbeiten für das Forschungsinstitut für Angewandte Wissenschaft und Technologie und
- Beginn des Aufbaus von Cyperport, dessen erste Bauphase 2002 abgeschlossen sein wird.

Neben der Förderung von Innovation, Technologie und Umweltschutz werden in der Regierungserklärung die sozialen Aspekte der Entwicklung betont. Hierbei geht es u.a. um Fragen des Wohnraums, der Wohlfahrt alter Menschen und der Gesundheitsversorgung.

Im Verlauf der Asienkrise, so die Regierungserklärung, seien die Preise für private Wohnungen stark gesunken. Die Regierung sei sich jedoch der Bedeutung eines stabilen Immobilienmarktes für die gesamte Wirtschaft bewusst. So würden private Wohnungen nicht nur als Wohnraum gekauft, sondern auch als langfristige Investition. Bei öffentlich geförderten Wohnungen seien inzwischen flexible Maßnahmen eingeführt worden wie z.B. der Verkauf von Mietwohnungen im öffentlichen Eigentum und die Einführung eines Kreditprogramms für neue Eigentümer von Wohnungen. In den vergangenen drei Jahren haben rd. 150.000 Familien mit Hilfe verschiedener Förderprogramme ihre Wohnungen kaufen können, weiteren 117.000 Haushalten habe eine öffentlich geförderte Wohnung vermittelt werden können. Es bestehe die Planung, die durchschnittliche Wartezeit für öffentlich geförderten Wohnraum auf drei Jahre zu reduzieren.

Die Förderung der Wohlfahrt alter Menschen soll der Regierungserklärung zufolge verbessert werden. Die Kommission für alte Menschen habe eine bessere umfassende Versorgung für alte Menschen gefordert. Als Reaktion darauf habe die Regierung folgende Maßnahmen ergriffen:

\* Die durchschnittliche Wartezeit für die Zuweisung von öffentlich gefördertem Wohnraum für alte allein stehende Personen ist auf ein Jahr reduziert worden; dieser Zeitraum soll künftig weiter gekürzt werden.

\* In den letzten drei Jahren wurden 6.400 neue subventionierte Pflegeplätze bereit gestellt. Im kommenden Jahr soll die Zuweisung für Pflegeheime um 100 Mio. HK\$ erhöht werden, um weitere 1.600 Plätze zu schaffen.

\* Weiterhin hat die Regierung neue Bestimmungen für die private Versorgung von alten Menschen veröffentlicht. Die Zahl der lizenzierten priva-

ten Pflegeheime erhöhte sich von 14 im Jahre 1997 auf 450 in diesem Jahr.

\* Mit einer Erhöhung der Fördermittel um 65% in den letzten drei Jahren konnte die Zahl der alten Menschen, die Pflegedienstleistungen in Anspruch nehmen, auf rd. 10.000 erhöht werden. Im kommenden Jahr werden weitere 70 Mio. HK\$ darauf verwandt werden, dass alte Menschen Pflegedienstleistungen zu Hause in Anspruch nehmen können.

Die Reform des Gesundheitswesens wird der Regierungserklärung zufolge in den nächsten Jahren neben der Bildung einen zentralen Platz einnehmen. Es wird davon ausgegangen, dass das derzeitige Gesundheitssystem nicht beibehalten werden kann. Ursachen sind die schnellen Fortschritte in der Medizin, die alternde Bevölkerung sowie die sich verändernden Bedürfnisse der Gemeinschaft. Nach Vorlage des Bericht von Havard-Beratern soll die weitere Entwicklung des Gesundheitssystems nach breiter Diskussion von der Regierung entschieden werden.

Unter die Rubrik „Opportunities Abound“ wird in der Regierungserklärung auf die wirtschaftlichen Perspektiven und Herausforderungen eingegangen. Die Wachstumsaussichten der Hongkonger Wirtschaft werden als sehr gut beurteilt. Nach der Asienkrise stehe die Wirtschaft besser da als zuvor. Der wichtigste Wirtschaftspartner, das Festland China, weise hohe Wachstumsraten auf. Seine dynamische Entwicklung werde der Hongkonger Wirtschaft einen starken Impuls geben. Die internen und externen Bedingungen hätten sich für Hongkong so verbessert, dass in diesem Jahr mit einem Wachstumstempo von 8,5% gerechnet werde - auch unter Berücksichtigung der veränderten Erdölpreise.

Die Wirtschaftsaussichten Hongkongs seien auch deshalb sehr positiv zu beurteilen, da Hongkong den China-Vorteil (our China advantage) habe. So werde durch den Beitritt Chinas zur WTO das Wirtschaftswachstum dort weiter gestärkt. Aus der Ausweitung und Liberalisierung des festlandchinesischen Marktes ergeben sich für Hongkong viele Möglichkeiten, Dienstleistungen anzubieten. Andererseits werde sich für Hongkonger Unterneh-

## CHINA aktuell

men auf dem Festland die Konkurrenz verstärken, sie müssten sich verstärkt wirkungsvolle Strategien der Markterschließung und Qualitätssicherung überlegen.

In der Regierungserklärung wird die Entwicklung der Perlfloss-Deltaregion als gemeinsames Projekt zwischen Hongkong und Guangdong hervorgehoben. Zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Guangzhou, Hongkong, Macau, Shenzhen und Zhuhai sollten die Infrastrukturbedingungen weiter verbessert werden. Auch in der Erschließung der Region Westchina werden besondere Chancen gesehen, allerdings wird auf konkrete Vorschläge hierzu nicht eingegangen.

Als weiterer Schwerpunkt in der Regierungserklärung hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung gilt die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen. Es seien derzeit rd. 290.000 dieser Unternehmen in Hongkong, ein Anteil von mehr als 98% aller Unternehmen. Sie beschäftigten rd. 1,39 Mio. Arbeitskräfte, 60% aller Arbeitskräfte im privaten Sektor. In den letzten Jahren habe die Regierung bereits diese Unternehmen durch verschiedene Programme gefördert und werde sie auch weiter unterstützen.

Zusammenfassend werden zwar die Schwerpunkte in der Regierungserklärung deutlich, die genauen Politikmaßnahmen und -programme stehen jedoch noch aus. Allerdings wird vor dem Hintergrund der steigenden Armut in Hongkong die besondere Betonung der verbesserten Wohlfahrt für alte Menschen erklärbar. So gelten derzeit rd. 1 Mio. Menschen, darunter 600.000-700.000 Erwachsene, als arm. Als Ursache dieser Entwicklung gelten der Abbau der verarbeitenden Industrie, die Zunahme von Familien, in denen nur ein Elternteil für die Versorgung der Kinder vorhanden ist, niedriges Ausbildungsniveau und geringe Einkommen sowie erfolglose Weiterbildungsmaßnahmen. (SWB FE/D3965/CNS, 7.10.00) -schü-

---



---

## SVR Macau

---



---

### 39 Aktivitäten zum Nationalfeiertag

Am 1. Oktober wurde in Macau zum ersten Mal nach der Rückgabe Macaus die Proklamierung der VR China gefeiert. Bereits 1981 hatte die portugiesische Verwaltung in Macau als ein Zeichen sino-portugiesischer Freundschaft den Tag zum öffentlichen Feiertag erklärt. (In Hongkong wurde der 1. Oktober erst nach der Rückgabe 1997 ein Banken-Feiertag.) Die Aktivitäten reichten vom Flaggenhissen im Lotos-Park (der neueste Park mit einer goldenen Lotosstatue, die der Staatsrat der VR China der Regierung der SVR Macau anlässlich der Rückgabe des Territoriums geschenkt hatte) - anschließend Startpunkt für 5.000 Läufer, über einen offiziellen Empfang mit über 1.000 Gästen im Macau Landmark bis hin zum obligatorischen Feuerwerk. In seiner Ansprache auf dem Empfang gestand Macaus Regierungschef Edmund Ho Hau Wah (He Houhua) ein, dass die sozioökonomischen Bedingungen der Region weiterhin „anfällig“ seien und ihre Wirtschaft immer noch an Ungleichgewichten leide. Er nannte es eine dringende Aufgabe, die Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und die Qualität der 17.500 Staatsbediensteten zu verbessern. Zu dem Zweck flog die Sekretärin für Verwaltung und Justiz, Florinda da Rosa Silva Chan, an dem Tag nach Singapur (s. die nachfolgende Übersicht). Auf dem Empfang erschien übrigens auch Bischof Dom Domingos Lam, der in der vollbesetzten Kathedrale von Macau eine Liturgie zu Ehren der 120 heiliggesprochenen ausländischen Missionare und Anhänger, die nach Auffassung des Vatikans in China den Märtyrertod gestorben sind, gehalten hatte. Beijing hatte schärfstens gegen diesen Schritt des Papstes protestiert. Zwei einsame Demonstranten bemühten sich an diesem Tag Aufmerksamkeit zu erregen: ein junger, bekannter Demokratieaktivist protestierte gegen die „Autokratie“ der KP Chinas, und ein weibliches Mitglied der Falun Gong verteilte

im Stadtzentrum Flugblätter, in denen sie gegen die Unterdrückung ihrer Sekte auf dem Festland protestierte. (Macau Government Information Bureau website, 29.9./1.10.00; SCMP, 7.10.00)

Rechtzeitig vor den Feiern hatte die Regierung ihr Hauptquartier im alten Gouverneurspalast an der Avenida da Praia Grande bezogen. (Bis dahin war es in einem gepachteten Bürogebäude untergebracht gewesen.) Das 1849 von einem Privatmann im portugiesischen Stil errichtete Hauptgebäude war 1881 für 21.000 MPtc in den Besitz von Gouverneur Joaquim José da Graça übergegangen und hatte seitdem als Gouverneurspalast gedient. Diesen vorderen zweistöckigen Palast werden der Regierungschef und die Sekretäre zu repräsentativen Zwecken nutzen, ebenso das Sekretariat des Exekutivrates. Die Büros von Edmund Ho und vier Sekretären sind im hinteren sechsstöckigen Gebäude untergebracht, während das vierstöckige Gebäude dazwischen Büros von Hilfsabteilungen des Hauptquartiers beherbergt. Mit der Renovierung des Komplexes war im März dieses Jahres begonnen worden. Die Kosten belaufen sich auf 36 Mio. MPtc. Der fünfte Sekretär, der Sekretär für Sicherheit, ist bereits in sein Büro in der Calçada dos Quartéis, dem Hauptquartier der Sicherheitskräfte, gezogen. (Macau Government Information Bureau website, 30.10.00; XNA, 28./31.10.00) -ljk-

### 40 Florinda Chan erhält in Singapur Hilfe bei der Ausbildung von Staatsbediensteten

Florinda da Rosa Silva Chan (Chen Limin), Sekretärin für Verwaltung und Justiz, besuchte vom 1. bis 6. Oktober Singapur, um Ausbildungsprogramme für den *Civil Service* in Macau zu erörtern. Dies hatte Edmund Ho bereits bei seinem Besuch in Singapur letzten August angekündigt. Florinda Chan und der Ständige Sekretär des Büros des Ministerpräsidenten von Singapur, Eddie Teo, waren zugegen, als Lidia Gloria da Luz, Direktorin des Büros für Verwaltung und öffentlichen Dienst von Macau, und der Dekan des Civil Service College von Singapur (CSC), Yam Ah Mee,